

München, 14.07.2023

„Verbraucherschutz funktioniert nur mit Beratung und Information für alle“: Marion Zinkeler von der Verbraucherzentrale Bayern im Gespräch mit der SPD-Fraktion

Welche konkreten Auswirkungen hat die Energiewende für Bayerns Bürgerinnen und Bürger, welche neue Heizung ist praktikabel und wie gehen wir mit den Filialschließungen der Sparkassen um? Das Themenspektrum, zu dem die Verbraucherzentrale fachkundig berät, ist breit gefächert. Auch der SPD ist es ein zentrales Anliegen, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Marion Zinkeler, Vorständin der Verbraucherzentrale Bayern, berichtete bei ihrem Besuch in der Fraktionssitzung der Landtags-SPD von stetig steigendem Beratungsbedarf – das erhöht den Arbeitsaufwand für die Verbraucherzentrale, die deshalb mehr Geld benötigt.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag engagiert sich seit Jahren für einen besseren und transparenteren Verbraucherschutz. Im Gespräch mit Vorständin Zinkeler machte **Ruth Müller**, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, klar: „Ob Energiewende, Digitalisierung oder Nachhaltigkeit: Die Menschen in Bayern müssen ihre Rechte kennen. Gerade jetzt sind viele Menschen unsicher, wie sie mit den steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten umgehen sollen. Deshalb braucht es Anlaufstellen wie die Verbraucherzentrale hier im Freistaat, die seriöse Auskünfte geben.“

Vorständin Zinkeler bestätigt: „Verbraucherschutz funktioniert nur mit Zugang zu unabhängiger Beratung und Information für alle Bürgerinnen und Bürger. Dabei sind die Bedürfnisse und Herausforderungen der Verbraucher auf viele verschiedene Themen verteilt und auch die Wege der Informationsbeschaffung unterscheiden sich. Um den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein breites Spektrum an Angeboten machen zu können, braucht es mehr finanzielle Unterstützung und Flexibilität.“ Beim Thema Energie und Heizung etwa besteht ein besonders hoher Beratungsbedarf. Das macht es erforderlich, das Berufsbild des Energieberaters zu schärfen und mehr Fachkräfte auszubilden.

Viele Menschen im Freistaat, insbesondere in den ländlichen Regionen, sind auch von den Filialschließungen der Sparkassen betroffen. Für die SPD ist klar: Sparkassen müssen ihrem öffentlichen Auftrag zur Daseinsvorsorge nachkommen und das Kundeninteresse in den Vordergrund stellen.



(v.l.n.r.) Tatjana Halm, Sigrid Goldbrunner, Sascha Straub, Marion Zinkeler (alle Verbraucherzentrale Bayern), Ruth Müller, Klaus Adelt